

# Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen  
für Anhalt und Thüringen.

1912. Nr. 583. Jahrgang 205.  
Zweite Ausgabe

Freitag, 16. August 1912.  
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Poststraße Nr. 61/62  
Telephon 155 u. 156; Telephonstempel 1272  
Geführer: Dr. Walter Gehlenbeck in Halle a. S.

## Besteuerung der Sparsamkeit oder Besteuerung des spekulierenden Börsekapitals?

Kritische Betrachtungen zur Besteuerungfrage.  
Wie alle staatlichen Gesetze, bilden auch die Steuererlasse einen Ausdruck der Zeitiden. Auch die Art, wie der Staat Pflichten und Lasten verteilt, spiegelt die leitenden Gedanken jeder Zeitperiode wider; auch die Beschaffenheit, Charakter und Veranlagung der Steuern sind gleichsam ein Produkt des Zeitgeistes.

Nicht enthüllt diese Wahrheit klarer als die Art, wie heute große Parteien den „Reichs“ mit immer neuen Steuern zu treffen suchen als die immer fürchterlicher auftretenden Vorkläge „die Reichen“, oder „die Reichen“, oder den „Grundbesitz“, oder das „kumulierte Einkommen“ immer stärker zu belasten. Und diese ganze Entwicklung steht vielfach im direkten Widerspruch mit der bisherigen, megenichts in Preußen geübten Steuerpraxis, wo man allgemeine Vermögenssteuern nicht kannte, und eine Besteuerung des Gatten- und Kindeserbes unbedingt als ein Unrecht ansah.

Tempora mutantur. Heute „ist Sozial Lump“, und unter „sozial“ versteht man vielfach leider nicht etwa die Aufgabe, die unteren Klassen für das Staatsleben langsam und methodisch heranzubilden, ihnen zwar in Notlagen, die sie mit eigener Kraft nicht überwinden können, mit den Hilfsmitteln des Staates zu Hilfe zu kommen, im übrigen sie aber zur Selbstverantwortung und Selbstentscheidung über ihre Schicksale zu erziehen. Nein, unter „sozial“ versteht man vielfach heute ein schwächlings-leitendes Bestreben, die so hart erscheinenden Unterschiede in der Vermögensverteilung irgendwie abzumildern und bis in einem gewissen Grade beseitigen zu wollen; teils, indem man den Reichen immer neue Lasten zugunsten der Besessenen auferlegt, teils auch, indem man dem Steuerpflichtigen einen auspropierten sogenannten volksfreundlichen Charakter gibt. Unsere heutige Steuerpolitik wird beherzigt von dem Bestreben, die Steuerkraft der unteren Stände auf das ängstlichste zu schonen, obgleich diese, nach den Forderungen der Arbeiter für die sozialdemokratischen Klassen zu schließen, gar nicht so gering ist, dagegen die höheren Einkommen, und vor allem den der Sozialdemokratie zu beherrschten Besitz auf das härteste heranzuziehen. Darin erblickt unsere Zeit die höchste Gerechtigkeit.

Denn die Sozialdemokratie hat den oberen Ständen solange die tiefste Gleichheit vorgeredet, daß Eigentum „Recht ist“ bis dies anfangen, es allen Einzelnen zu glauben. Der heute dafür eintritt, daß der Besitz und das höhere Einkommen, die doch gewöhnlich den Reichen nicht vom Himmel in den Schoß fallen, sondern die gewöhnlich das Produkt harter entgangensvoller Arbeit und selbstüberwindender Sparsamkeit, d. h. hoher menschlicher Tugenden sind, und deswegen auch ethische Werte darstellen, die der Staat adäquat und schärfen, aber nicht mit gebührenden Steuern befragen soll, der steht nach moderner Theorie nicht mehr auf der Höhe der Zeit, der ist kein Volkstreue, der handelt vor allem nicht „sozial“. „Sozial“ handelt, wer es billig findet, daß die Arbeiter Millionen über Millionen in ihre Gemeindefürsorge und Vorkasse zahlen, aber keinen Pfennig an direkten Staatssteuern entrichten; „sozial“ handelt, wer sich der Wahrheit verfließt, daß die drei Milliarden Mark, die das deutsche Volk jährlich für Zehnt und geringe Beiträge ausgibt, ohne daß doch damit ein unentbehrliches Lebensbedürfnis befriedigt wird, das aller-nächstliegende Steuerobjekt darstellen, und dafür lieber das oft unter unendlichen Entschuldigungen zur Sicherung für Witwen und Waisen mühsam zusammengeportete Familienvermögen mit Erbschaftsteuern mindern will.

Wenn wir heute nicht ohne Verwunderung so oft sehen, wie ein fünfzehnjähriger Schulmutterlehrling selbstbewußt mit der Zigarette im Munde durch die Straßen schlendert, was uns im gleichen Alter als Gymnasialisten nicht erlaubt war, wenn wir unsere Maurer Unsummen von Bierflaschen auf dem Bau vertilgen sehen, so gebietet es die „soziale Idee“, nicht etwa darin einen unersetzlichen Nutzen zu sehen; sondern die unteren Klassen haben heute nach moderner sozialpolitischer Weisheit einen berechtigten Anspruch auf derartige „geleitete Lebenshaltung“. Der arme aber vorurteillose Familienbesitzer dagegen, der sich diese Genüsse in harter Selbstüberwindung verschafft, und lieber für Weib und Kinder spart, hat sich heute weder bei dem Staate noch bei den liberalen Parteien eines gleichen Wohlwollens zu erfreuen; denn er tritt ja durch seine Sparsamkeit, welche die Arbeiter verschmähen, ein in die heute so anrüchig gewordene Kapitalistenklasse, er repräsentiert ja die heute so berüchtigt gewordenen „stärkeren Schultern“. Er muß also zur Erfüllung der sozialen Gerechtigkeit mit einer fast steigenden progressiven Einkommensteuer, mit einer Vermögenssteuer, und seine Kinder mit einer Erbschaftsteuer belegt werden.

Man kann wirklich nicht sagen, daß die Sparsamkeit sich heute einer besonderen Aufmunterung seitens der Steuerbehörden zu erfreuen hätte, obgleich wir in allen

Lehrbüchern der Finanzwissenschaft lesen, daß es auch Aufgabe der staatlichen Steuerpolitik sein müsse, ersiehend auf das Publikum zu wirken. Danach müßte durch das ganze Steuerhystem der Sparsame belohnt und der Verschwender bestraft werden. Denn der Staat muß wünschen, daß er sparsam wird; seine Volkswirtschaft bedarf der immer erneuten Kapitalbildung. Ist doch ohne sorgfältige Kapitalbildung kein wirtschaftlicher Fortschritt, seine steigende nationale Entwicklung möglich. Nicht minder soll der Staat aber auch aus inneren ethischen Gründen, aus Gründen der sozialen Wohlfahrt und nationalen Charaktererziehung wünschen, daß viel und ausdauernd gespart wird. Ist doch auch die Belohnung des Sparsames das wirksamste Gegenmittel gegen die Verführungsfinsternisse der Sozialdemokratie.

Aber wie behandelt der Staat praktisch die Sparsamkeit? Man nehme ein einfaches Beispiel. Man denke sich zwei Brüder, die dasselbe Arbeitseinkommen, sagen wir von 6000 Mark, haben. Der eine arbeitet nach dem Grundfals: Leben und leben lassen, er verbraucht sein Einkommen bis auf den letzten Pfennig, ohne sich irgend einen Genuß zu verlagern. Der andere denkt an sein Alter, an Frau und Kinder, und legt jährlich ein Viertel seines Einkommens zurück. Der Verschwendende ist dann nach zanzig Jahren noch so arm wie bisher; der Sparsame dagegen hat sich und seinen Angehörigen inzwischen ein kleines Kapital von 30 000 Mark geparkt. Welcher von beiden sieht sittlich höher, welchem von beiden wird der Staat als Bürger den Vorzug geben? Doch offenbar dem Sparsamen. Denn dieser hat in moralischer, volkswirtschaftlicher und sozialer Hinsicht besser als der andere die Ziele des Staates unterstützt. Wie aber stellt sich die Steuerbehörde gerade umgekehrt! Der Verschwendende hat nur eine einzige Einkommensteuer zu zahlen. Der Sparsame dagegen zahlt: 1. dieselbe Einkommensteuer wie sein Bruder; 2. die Einkommensteuer, von den Zinsen seines Sparvermögens; 3. zahlt er diese Einkommensteuer wegen seines höheren Einkommens in einer höheren Progression, d. h. er zahlt von seinem Einkommen, dank seiner Sparsamkeit, vielleicht 2 bis 3 Prozent, wo sein verschwendender Bruder nur 1 bis 1 1/2 Prozent zu zahlen braucht; 4. zahlt er eine Vermögenssteuer; 5. würden seine Kinder nach den von den Liberalen so verheißenen Steuerentwürfen der Regierung vom Jahre 1909 auch noch eine Erbschaftsteuer zu zahlen haben. Während der Verschwendende also nur eine Steuer zu zahlen hat, wird der Sparsame für seine Sparsamkeit zugunsten seiner Familie mit einer fünffachen Steuer belohnt! Entbehrt ein solches Steuerhystem, wie unsere Liberalen verkünden, wirklich ein so hohes Maß sozialer Gerechtigkeit? Ein englischer Nationalökonom hat einmal jede progressivste Steuer als „eine auf besonderen Fleiß und besondere Fähigkeit gelegte Strafe“ bezeichnet. Wir wollen die Gerechtigkeit dieses letzten Ausspruchs hier nicht prüfen.“ Wir wollen nur daran erinnern gegenüber dem immer erneuten Drängen nach Besteuerung des Gatten- und Kindeserbes, daß eine übertriebene Schonung und Verschönerung der Massen sehr leicht zum Unrecht gegen die Besessenen werden kann. Vermögen werden nur in seltenen Ausnahmen durch Glücksfälle erworben. Sie sind meist das Produkt harter, unter größten Mühen und Entbehrungen geleisteter Arbeit; sie sind das Produkt eines eisernen Willens und oft schwerer bitterer Enttäugungen, vor denen der Durchschnittsmensch juristischrecht. Man denke nur an einen Alfred Krupp! Unter Hunderttausenden hätten nicht zehn die Willenskraft und Charakterstärke besessen, solche Vermögensverlei zu schaffen.

Der Staat aber toll nicht nur das harte Tagewerk der ärmeren Klassen ehren; er soll auch Achtung haben vor dem oft so leuer erworbenen und oft unter schwersten Entbehrungen erworbenen und geschaffenen Besitz. Indem er diesen ehrt, ehrt er zugleich alle die oft so hohen moralischen Eigenschaften, die ihn schufen: den Fleiß, die Gewissenhaftigkeit, die Treue, die Sparsamkeit und Selbstüberwindung. Der Besessenen- und Spekulationsgewinn verdient freilich keine staatliche Schonung und Achtung, er wird aber immer nur den kleineren Teil des nationalen Vermögens darstellen; ganz abgesehen, daß er nach dem Sprichwort: Wie gewonnen, so zerronnen, nur zu bald wieder, oft schon in der nächsten Generation, verpöht. Auch im Steuerhystem des Staates aber soll diese ethische Einstellung zum Ausdruck kommen. Die bürgerlichen Parteien, wenn sie wirklich „bürgerlich“ sein wollen, sollen sich heute hüten vor einem schwächlings, ganz irrtümlich als „sozial“ bezeichneten Vorgehen gegen die gebankelnden Wünsche der besessenen Masse.

Der Liberalismus aber zeigt hier wieder einmal seine epigonische und kapitalistische Entartung. Er schüßt das Verfügen und Spekulationskapital mit liebenden Armen und sieht in dem Sparsamkapital der Familien, das doch vor allem im Interesse einer gelunden sozialen Entwicklung zu schonen ist, ein Angriffsobjekt für der Steuererfindung, und glaubt dadurch die ärmeren Klassen zu veröhnen. Unlogischer aber kann man gar nicht handeln. Denn eine gesunde Sozial-

politik soll den Sparsamen ermutigen, als das wirkungsvollste Mittel gegen den Sozialismus, und soll die Schwindelgewinne der Spekulation zu beschneiden suchen. Nachdem das Familienvermögen bereits mit einer unter dem harmlos klingenden Namen „Ergänzungsteuer“ eingeführten Vermögenssteuer in den meisten deutschen Staaten belastet ist, widerpricht eine neue Belastung desselben mit einer Reichererbschaftsteuer dem gelunden sozialen Gedanken, daß der Staat den Sparsamen ermutigen, aber nicht mit einer Doppeltsteuer befragen soll, daß er die gelunde Kapitalbildung im Interesse der auf sie angelegenen nationalen Volkswirtschaft fördern, aber nicht durch fortgesetzte Enttäugungen bei jedem Erbfall hindern soll.

Anders sieht der Staat den unsoliden Vermögensbildungen des Börsen- und Spekulationskapitals gegenüber. Hier soll er mit scharf einschneidenden Steuern zum Ausdruck bringen, daß er diesen Art der Kapitalbildung für eine innerlich unethische, sozial vielfach gerade schädliche hält. Hier müssen die Hebel zu einer durchgreifenden Besteuerung des „Reichs“ vor allem angesetzt werden. Wolfgang Eisenhart.

## Die Feier des Regierungsjubiläums des Königs von Bulgarien in Berlin.

Aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums des Königs der Bulgaren fand in Berlin in der Kapelle der russischen Hofkapelle ein feierliches Teubem statt, dem der bulgarische Gesandte Gschow mit den Mitgliedern des Gesandtschaftskomitees sowie Gesellschaftsträger Bronevich, der Militärattaché Oberst v. Balaroff und der Sekretär v. Karkoff beizuhoben. Anschließend daran fand in den Räumen der Gesandtschaft großer Empfang statt, bei welchem der Gesandte Gschow einen herzlichen Trinkspruch auf das Wohl des Königs ausbrachte, der von der Kolonie begeistert aufgenommen wurde.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt zum Regierungsjubiläum König Ferdinands von Bulgarien, nach einem Rückblick auf die zukunfts- und wirtschaftlichen Fortschritte Bulgariens unter der Regierung König Ferdinands, ohne sich in Abenteurer zu fügen, in Ehren herabgezogen hat. In dieser Zuschrift bringen wir König Ferdinand und seinem Lande zum heutigen Tage herzliche Glückwünsche dar und verknüpfen damit den Ausdruck der Hoffnung, daß der König auch weiterhin Bulgarien zu maßvoller Politik und gelunden Lösung im Weltgeschehen werde, der für das bulgarische Volk in der ersten zweijährigen Jahrestage der Regierung Ferdinands I. so reiche Früchte gesiegt hat.

König Peter von Serbien sandte König Ferdinand anläßlich seines 25jährigen Regierungsjubiläums ein Glückwunschkommuniqué. Das serbische Regierungsjubiläum „Samotrana“ heißt die großen Verdienste des Königs Peter um das bulgarische Vaterland hervor und bringt dem Könige die Glückwünsche des serbischen Volkes dar.

## Die Lage auf dem Balkan.

Der Artilleriehauptmann Zia Effendi ist auf dem Morfte in Mikrowika von einem Unbekannten erschossen worden. Der Täter entkam. — In der Nähe der Station Anaboto an der Eisenbahnlinie Saloniki—Thessaloniki wurde vor dem Passieren des Zuges eine an den Schienen befestigte Dynamitbombe entzündet. — Aus Oskifia wird gemeldet, daß etwa dreitausend Armanen, von denen viele bemafnt sind, unter der Führung Bakram Zurs von Veritofitsch dort eingetroffen sind. Sie verhalten sich ruhig; es ist ein Anseh zu der Verpflegung der Armanen gebildet worden.

Der Arbeitsminister Damad Scherif ist zum Minister des Innern ernannt worden. Es verläutet, Staatsrat Temif-Bei werde zum Arbeitsminister ernannt werden.

Der Albanensender Saffan-Bei landte aus Veritofitsch ein Telegramm an das Blatt „Sabah“, in dem er die Gerüchte über angeblich zwischen den Albanensendern entstandene Zwistigkeiten als unwichtig bezeichnet und erklärt, ein Besuch der Jungtürken, gegen die jetzige Regierung vorgegangen, würde ihren völligen Ruin herbeiführen. Auf Befehl des Kriegsministers entandte der Korpskommandant von Saloniki, Said-Pascha, 200 Mann nach Serres, die das Postamt besetzen und einen angeblichen Schrittschiff des Komitees über die Madenischichten gegen die Regierung beschlagnahmen.

Der Mufti, der Bürgermeister und die Notabeln von Kofitscha haben telegraphisch dem Kriegsministerium Verhörungen verlangt, weil die Bulgaren angeblich einen neuen Ueberfall beabsichtigen.

\*) Bisanzar war befanntlich ein Gegner der progressiven soz. Ergänzungsteuer.

un-  
49.  
Wia.  
große  
Wohlt  
ger  
sicht.  
1. 30.  
at.  
e.  
Thir.  
ne,  
Kante  
57152  
14529  
renes  
aner.  
sicht.  
14540  
de.  
un-  
in die  
14541  
5.  
un-  
bei  
ber  
en.  
540  
ile.  
en.  
urs.  
in  
den  
auf  
ben.  
oh  
14551  
14552  
14553  
14554  
14555  
14556  
14557  
14558  
14559  
14560  
14561  
14562  
14563  
14564  
14565  
14566  
14567  
14568  
14569  
14570  
14571  
14572  
14573  
14574  
14575  
14576  
14577  
14578  
14579  
14580  
14581  
14582  
14583  
14584  
14585  
14586  
14587  
14588  
14589  
14590  
14591  
14592  
14593  
14594  
14595  
14596  
14597  
14598  
14599  
14600





